73. Jahrgang. Nr. 191

Mittwoch, 24. April 1929

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 18. bis 30. April 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat April 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina"
Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Rededuell Westarp-Müller im Reichstag

Neue Gefahren für das Etatkompromiß

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. April. Die Etatsverhandlungen stehen im Schatten der Sachverständigenberatungen in Paris. Da im Grunde, sachlich wenigstens, der größte Teil der schwierigen Punkte des Haushalts bereits intern zwischen den Parteien des Regierungszweckverbandes bereinigt ist, bleibt an sich nicht viel an Ueberraschungen übrig.

Graf Westarp reitet heute eine Oppositionsattacke.

Er hat es leicht, diese Regierung ohne Koalitionsgrundlage kritisch zu behandeln und Hermann Müller vorzurechnen, wie schlecht das deutsche Volk doch gefahren ist, seitdem es sich in den letzten Maiwahlen eine außerordentlich starke Sozialdemokratische Partei zugelegt hat. Dabei gebührt Graf Westarp auch das Verdienst, den Komplex der Kriegsschuldlüge wieder einmal in das grelle Scheinwerferlicht der Parlamentstribüne gezogen zu haben. Freilich — und darin muß man dem antwortenden Reichskanzler recht geben —, es ist ein wenig spät und sicherlich nicht der rechte Augenblick zu dem Versuch, mit der Zurückweisung der Kriegsschuldlüge Politik zu machen.

Recht peinlich muß es aber Hermann Müller sein, von dem merkwürdigen Verhalten der Literatenclique in der „Vorwärts"-Redaktion, vor allem von Herrn Breitscheid hören zu müssen, der gestern von seinem eigenen Parteigenossen, dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, desavouiert worden ist und trotzdem heute im „Vorwärts"

dieselben Dolchstöße gegen Dr. Schacht

führt, wie in jenem ominösen Artikel am Sonnabend. Die Deutschnationalen wollen mit Mißtrauensvoten nur dann operieren, wenn sie damit Aussicht auf Erfolg haben. Sie werden sich bis dahin damit begnügen, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen und auf den, wie Westarp meint, nicht sehr fernen Augenblick warten, wo der Zauber dieser schwach fundierten Regierung sich dem Ende zuneigt.

Die Gegenargumente Hermann Müllers sind nicht sehr stichhaltig. Das Programm dieser Regierung ist dünn, auch wenn man ihr nachfühlen kann, daß sie zur Stunde grundsätzlich über die Reparationsverhandlungen nichts zu sagen vermag. Gewiß, wir müssen Reparationen zahlen, weil wir den Krieg verloren haben. **Aber, hätte man uns die Reparationsparagraphen, so wie sie heute im Vertrage stehen, diktiert, wenn wir uns seinerzeit geweigert hätten, die moralische Grundlage dieses Vertrages auf uns zu nehmen?**

Gewiß, politisch ist das zu spät, der Augenblick verpaßt. Und heute wird es schwer halten, den geeigneten psychologischen und taktischen Moment zu finden, um diese Frage wieder mit Erfolg in den Mittelpunkt der politischen Debatte und des großpolitischen Ziels zu stellen. Aber es ist wohl Aufgabe einer Oppositionspartei, ungeachtet taktischer und aktueller Möglichkeiten an das Grundsätzliche zu erinnern. Schließlich darf noch gesagt werden, daß es nicht für das Niveau dieses Parlaments spricht, wenn sich der Reichskanzler Hermann Müller in hämischer Weise dafür bedankt, daß ihm ein sehr beachtlicher Teil des deutschen Volkes durch seinen Parteiführer das Mißtrauen ausspricht. Das sind Manieren, die davon zeugen, daß in unserem Reichsparlament nicht lauter Gentlemen sitzen, sondern daß da ein Ton herrscht, der weder als repräsentativ noch als vornehm bezeichnet werden kann. Solche Erklärungen sollten von der Regierungsbank aus nicht abgegeben werden. Aber ist es denn wirklich so, wie Herr Müller meint, daß diese Regierung in sich fest begründet vor das Plenum treten kann?

Da sind schon wieder merkwürdige Gerüchte im Umlauf,

zur Stunde zwar nicht nachprüfbar, aber unzweifelhaft vorhanden und sicherlich auch nicht ganz ohne Grund. Herr Hilferding hat außer den Sorgen, wie er das lecke Schifflein, die Reichskasse, über die Klippen hinwegbringen soll, auch noch die Sorge, ob der Etat, den die Experten der Partei aufgestellt haben, überhaupt durchführbar ist. Hilferding soll in Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien darauf hingewiesen haben, daß

das mühsam erzielte Kompromiß der letzten Woche revisionsbedürftig

sei. Solchen Zweifeln an dem Kompromiß hat bekanntlich schon vor einiger Zeit der preußische Ministerialdirektor Brecht Ausdruck verliehen, der der Meinung ist, daß man zum Beispiel den Ertrag der Branntweinsteuer etwas zu hoch eingesetzt habe. **Infolgedessen heißt es hie und da in den Wandelhallen, daß die Regierung doch wieder auf Erhöhung der Biersteuer zurückgreifen müßte.** Das würde jedoch ein Veto der Bayrischen Volkspartei auslösen und den Grundsatz, nach dem weder eine Streichung noch Erhöhung am Kompromiß vorgenommen werden soll, über den Haufen werfen. Dann stände man wieder am Anfang und könnte das Spiel der Regierungsnöte von neuem beginnen. Das sind aber zunächst alles erst Gerüchte. Man wird abwarten müssen, ob sie sich bestätigen.

(Sitzungsbericht auf Seite 3.)

Hilferding als Finanzminister unbrauchbar

Vernichtendes Urteil aus Bank- und demokratischen Kreisen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. April. Auf die bisher ergebnislosen Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Großbanken über Gewährung eines für die Auffüllung der Reichskassen zum Monatsende benötigten Kredits werfen die Mitteilungen eines Berliner demokratischen Blattes ein sehr eigenartiges Licht. Im „Tempo" wird jetzt festgestellt, daß man

wegen der Unzulänglichkeiten des amtierenden Reichsfinanzministers Hilferding

zu keiner Einigung kommen könne. Das Blatt sagt in seiner sehr interessante Rückschlüsse auf die ganzen Verhältnisse innerhalb der gegenwärtigen Koalition zulassenden Veröffentlichung u. a.: „Es berührt außerordentlich merkwürdig, daß die Banken jetzt ihre Taschen dem Reich gegenüber zugeknöpft halten, nachdem sie vor vier Wochen anstandslos einen Kredit von 150 Millionen gegeben haben. Leider hüllen sich die beteiligten Kreise derart in Schweigen . . .", daß allerlei Versionen entstanden. So sollen die Banken die Bedrängnis der Reichskassen dazu benutzen wollen, um für ihre Hilfe den Fortfall der Kapitalertragsteuer einzuhandeln . . . „Aber gerade dies wird nun von Bankseite strikte dementiert . . . Demnach muß das Sträuben der Banken einen tieferen Grund haben. Und in . . . Wirklichkeit scheint auch der Grund für den Widerstand der Banken in der Person des Reichsfinanzministers zu suchen zu sein.

Dr. Hilferding wird in Bankkreisen zwar als ein fähiger theoretischer Kopf anerkannt, aber für die Praxis, für die Verwaltung der Reichsfinanzen, nicht für geeignet gehalten.

Eine Auffassung, die man übrigens auch aus anderen als Bankkreisen häufig zu hören bekommt." — Dieses vernichtende Urteil über den amtierenden Reichsfinanzminister Dr. Hilferding entstammt, wohlgemerkt, nicht einem Blatte der Opposition, es entstammt einem Blatte, das zu den Männern der jetzigen Regierungskoalition sonst im besten Verhältnis steht. Diese Tatsache muß man sich vor Augen halten, wenn man die ganze Tragweite des bisher wohl einzig dastehenden Falles, daß ein deutscher Reichsfinanzminister von einem der Regierung nahestehenden Blatt so bloßgestellt wird, wie das hier der Fall ist, ermessen will. Was hier über Dr. Hilferding gesagt wird, ist die Bestätigung dessen, was seinerzeit, als das Kabinett Müller gebildet wurde, von der Opposition im Reichstage erklärt wurde. Die Aeußerungen des Blattes, auf eine kurze Formel gebracht, können doch nur lauten:

Hilferding muß fort, weil er unbrauchbar ist.

Sicher ist es keine Absichtslosigkeit, daß ein so vernichtendes Urteil gerade in einem Augenblick veröffentlicht wird, in dem der Reichsfinanzminister sich bemüht, die Gelder zusammen zu bekommen, die er am Monatsende braucht. Man beginnt wohl bei den Freunden der Sozialdemokratie jetzt mehr und mehr einzusehen, daß es so, wie es jetzt geht, nicht weitergehen kann.

Erhöhung der Anleiheermächtigung

Berlin, 23. April. Mittags versammelten sich beim Reichsfinanzminister die Parteiführer, um sich über die Finanz- und Kassenlage genau unterrichten zu lassen. Die Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch und endeten mit der Vereinbarung, daß die Regierungsparteien ein Initiativgesetz einbringen werden, das die Anleiheermächtigung des Reiches um 200 Millionen Mark erhöht. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß damit die Aufbringung des 200-Millionen-Kredits gesichert ist.

Ruhig Blut!

Wenn die Konferenz scheitert . . . Die Folgen dieses fast unvermeidlichen Ereignisses für das deutsche Wirtschaftsleben werfen schon ihre Schatten voraus. Man merkt es an einer gewissen Nervosität, an allerlei Vorsichtsmaßnahmen, die ergriffen werden im Hinblick auf die zu erwartende Daweskrise. Und ängstliche Gemüter malen schon das Gespenst einer neuen Inflation an die Wand. Auch der Hinweis auf die hundertprozentige Sicherung unserer Währung durch Transferschutz und Reichsbankgesetz gibt keine volle Beruhigung mehr. Gewiß, hört man sagen, das ist theoretisch alles in bester Ordnung. Dem Gesetz nach ist unser Zentralnoteninstitut verhindert, zusätzliche Kaufkraft zu schaffen durch neue Notenausgabe, wenn die Deckung an Gold und Devisen nur mehr die vorgeschriebenen 40 Prozent des Notenumlaufs ausmacht. Und auch für die Devisenübertragungen, die der Reparationsagent regelmäßig an die empfangsberechtigten Gläubigerstaaten vollzieht, gibt es eine Grenze, die dann erreicht ist, wenn für die deutsche Währung Gefahr entsteht. Aber die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus. Seit Monaten beobachten wir einen fortdauernden Abfluß von Gold aus der Reichsbank, ohne daß der Reparationsagent das erlösende Wort spricht: Ich halte jetzt den Augenblick für den Währungsschutz für gekommen. Ich werde von nun an nichts mehr ins Ausland übertragen, sondern die einlaufenden Tributzahlungen bis zur ersten Stufe von 2 Milliarden Mark bei der Reichsbank anwachsen lassen und dann überschießende Beträge zu Kapitalanlagen in Deutschland verwenden. Statt dessen tritt Parker Gilbert unentwegt als Käufer für Devisen auf und versucht im gewohnten Ausmaß den Hunger Frankreichs und Englands nach deutschem Bargeld zu befriedigen. Die Folge ist, daß der Kurs der Reichsmark vom unteren Goldpunkt (4,17 Mark für den Dollar) auf den oberen mit 4,22 Mark hinaufgeklettert ist und daß die Reichsbank fortlaufend Gold und Devisen zu Stützungszwecken auf den Markt werfen muß. Auf diese Weise ist der Goldzugang bei der Reichsbank vom vorigen Jahre in Höhe von 864 Millionen Mark aufgezehrt worden und es ist darüber hinaus ein reiner Geldverlust von etwa 300 Millionen Mark entstanden, ohne daß bisher ein Ende abzusehen ist. Dieses Ende muß aber notwendig kommen, wenn sich aus Gründen der Währungsdeckung weitere Goldabgaben von selbst verbieten. Der Grad der Bewegungsfreiheit, der noch verbleibt, ist an Hand des Reichsbankausweises leicht zu errechnen. Da der Notenumlauf Ende April voraussichtlich 5,1 bis 5,8 Milliarden beträgt, ist zu seiner 40proz. Deckung eine Gold- und Devisenrücklage von 2,1 bis 2,2 Milliarden notwendig. Nach dem letzten Ausweis waren 2453,6 Millionen vorhanden; innerhalb dieser Spanne von rund 250 Millionen ist die weitere Möglichkeit für Interventionen der Reichsbank begrenzt. Wenn die gestern veröffentlichten Angaben des Deutschen Handelsdienstes richtig sind, dann ist auch dieser Bestand durch die starken Abgaben der letzten Woche schon zum großen Teil aufgezehrt.

Die Bedenken über diese Entwicklung haben sicher ihre Berechtigung. Leichtfertig wäre es, sie in den Wind zu schlagen, und besonders wir, als gebrannte Kinder, haben allen Grund, das Feuer der Währungszerrüttung zu scheuen. Aber deshalb liegt noch lange kein Grund zur Panik vor — eine solche erst wäre gefährlich. Das erste, was nottut, ist der Appell an den Reparationsagenten, den schon der Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider vor dem Industrie- und Handelsausschuß der Deutschen Volkspartei in Dresden gefordert hat. Die verantwortlichen Staatsmänner haben jetzt die Pflicht, ihn zur Einschaltung des im Dawesplan verbürgten Währungsschutzes aufzufordern. Denn, wenn er es im Interesse seiner Auftraggeber auch nicht gerne wahr haben will, so ist doch der kritische Moment für die Auslösung der Automatik des Dawesplanes gekommen. Zeugen dafür sind neben den unerbittlichen Tatsachen der Wirtschaft auch ausländische Sachverständige, wie der englische Volkswirtschaftler Keynes, der in klaren Worten vom Einbruch der Transferkrise spricht.

Allerdings ist es noch fraglich, ob die Ausschaltung des Reparationsagenten vom Devisenmarkt genügen wird, um die beunruhigende Entwicklung aufzuhalten. Denn nicht er allein ist es, der von den Goldbeständen der Reichsbank zehrt. Die Lage wird noch erschwert durch den Rückfluß kurzfristiger Auslandskredite, durch die Zinsentilgung für die 13 bis 14 Milliarden, die wir zur bisherigen Erfüllung des Dawesplanes aufgenommen haben und durch den finanziellen Ausgleich der passiven deutschen Handelsbilanz. Viel wird von

SLUB
Wir führen Wissen.